

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/045(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 26.08.2008	Julius-Bremer-Str. 8/10 Beratungsraum Zi.: 44/46	17:00Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0352/08
- 5 Anträge
- 6 Informationen
- 6.1 Prüfrechte der Landeshauptstadt Magdeburg in den kommunalen Unternehmen,
hier: Konsequenzen aus dem Gerichtsverfahren zwischen der Magdeburger Hafen GmbH und der Landeshauptstadt Magdeburg I0239/08
- 6.2 Information des AL 14 zu unterjährigen Prüfberichten des RPA mit Stellungnahme
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r
Frömert, Regina

Mitglieder des Gremiums
Reichel, Gerhard Dr.
Schoenberner, Hilmar
Siedentopf, Uta

Sachkundige Einwohner/innen
Schacht, Thomas

Geschäftsführung
Köhls, Henriette

Verwaltung/Gäste
Hr. Klapperstück Amt 14
Fr. Drechsel Amt 14
Fr. Bohne EB SFM
Fr. Kuhle Amt 30

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, SRin Frömert, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit wird mit 4 anwesenden Ausschussmitgliedern festgestellt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 24.06.08 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 4 / 0 / 0

4. Beschlussvorlagen

4.1. Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0352/08

Die kaufmännische Leiterin des EB SFM, Fr. Bohne, führt in die Drucksache ein und gibt Hinweise zum Jahresabschluss 2007.

Amt 14 informiert, dass es zum uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers keine weiteren Hinweise gibt und dieses im Feststellungsvermerk des RPA zum Ausdruck gebracht wird.

Auf Nachfragen werden durch Fr. Bohne näher erläutert:

- Vortrag des Verlustes von 15.000 EUR in das Jahr 2008
- Änderungen 2007 in der Kapitalstruktur des EB SFM
- Mögliche Steuernachzahlungen/ Bildung von Steuerrückstellungen
- Hohe Kostenaufwüchse 2007 durch Vandalismus und Naturereignisse (Sturm Kyrill)
- Versicherung für Vandalismusschäden bzw. Schäden durch Sturm u. ä.
- Übernahme Azubis

SR Schoenberner schlägt vor, die Entlastung zu erteilen und verweist auf den entsprechenden Beschluss des BA SFM. Bezüglich der Versicherung informiert er über die Erklärung des FB 02 im BA hierzu – die Versicherung sei zu kostenintensiv.

SRin Frömert schlägt dem SFM vor, das Thema noch einmal aufzugreifen und mit dem FB 02 bzw. Amt 30 zu klären, ob sich eine Versicherung angesichts der hohen Kosten für die Beseitigung von Sturm- bzw. Vandalismusschäden rentieren würde.

Abstimmungsergebnis: 4 / 0 / 0

5. Anträge

keine

6. Informationen

Die Ausschussvorsitzende informiert über ihr Schreiben an den OB bzgl. der Vorberatung des Antrages zur RPO im Verwaltungsausschuss - die Beschlussfolge zur Beratung wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht fortgesetzt. Bis heute hat sie hierauf keine Antwort vom OB erhalten. Auch SR Ansorge hat Kenntnis von diesem Schreiben, um in seiner Funktion als SR-Vorsitzender zu handeln.

6.1. Prüfrechte der Landeshauptstadt Magdeburg in den kommunalen Unternehmen, hier: Konsequenzen aus dem Gerichtsverfahren zwischen der Magdeburger Hafen GmbH und der Landeshauptstadt Magdeburg I0239/08

SRin Frömert teilt mit, dass sie sich auch zu dieser Thematik schriftlich bezüglich Ihrer Bedenken zur Information und zur Öffentlichkeit derselben sowie zur Art der Anlage (Auszug aus juris statt Schreiben des Gerichtes an den OB) an den OB wandte und bittet Fr. Kuhle (A 30) um Einführung in und Erläuterungen zur Information.

Fr. Kuhle erläutert, warum die Anlage zur Info (Gerichtsurteil) nicht das Original ist, sondern ein Auszug aus „juris“ und warum diese Info überhaupt erstellt wurde.

SRin Frömert äußert sich zum Sachverhalt der Prüfrechte in den Gesellschaftsverträgen aller städtischen Unternehmen und geht auf die bestehenden Gesetzlichkeiten ein. Sie zitiert die §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in Verbindung mit dem § 44 desselben Gesetzes und benennt ihr Unverständnis mit der gerichtlichen Aussage auf fehlende Prüfrechte des RPA zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung eines kommunalen Unternehmens.

Sie leitet daraus die Notwendigkeit einer tiefgründigeren Debatte um die Zuständigkeiten des RPA und die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen in der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt ab.

Fr. Kuhle informiert über die Auffassung des Gerichtes hierzu, welche aus dem Urteil hervorgeht und weist darauf hin, dass es bereits einen Gesetzesentwurf des LSA gibt. Das LSA hat vor, hier genauere Regelungen im Gesetz aufzunehmen, welche eine Überarbeitung von Gesellschaftsverträgen im Hinblick auf die Prüfrechte erfordern.

Fr. Kuhle wird den Vorschlag von SRin Frömert bezüglich einer nicht öffentlichen Beratung der Information aufnehmen und dem OB mitteilen.

Der Sachkundige Einwohner Hr. Schacht hinterfragt den möglichen zeitlichen Ablauf zwischen von Frau Kuhle erwähnter Änderung der GO-LSA und den Schlussfolgerungen für die Änderung der Gesellschaftsverträge. Auch er meint, dass zuviel Zeit ohne Aktivitäten vergehen würde.

Amt 14 gibt hierzu Erläuterungen. Bei den kommunalen Gesellschaften, welche beträchtliche Anteile des kommunalen Haushalts in Anspruch nehmen, gebe es – das Urteil betrachtend - prüfungsfreie Räume. Mit einer Überarbeitung der Gesellschaftsverträge sollten solche Situationen zukünftig vermieden werden. Das RPA benötigt eindeutige Regelungen zu den Prüfrechten in kommunalen Gesellschaften.

SRin Frömert erkundigt sich nach dem weiteren Werdegang im Umgang mit dem Urteil.

Fr. Kuhle erklärt die Verwaltungsabsicht – abwarten der Änderung der GO-LSA und dann entsprechende Reaktion. Wenn die Änderungen in den Gesellschaftsverträgen erfolgt seien, kann in der Gesellschaft erneut geprüft werden.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Mitglieder, die Thematik in den Fraktionen zu beraten.

Die I0239/08 wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Information des AL 14 zu unterjährigen Prüfberichten des RPA mit
Stellungnahme

Amt 14, Hr. Klapperstück, informiert vorab, dass es keine veränderte Verfahrensweise hinsichtlich der Regelung des OB vom 14.12.2006 gibt. Die Prüfberichte, zu denen eine Stellungnahme vom OB vorliegt, werden mit ihrer wesentlichen Thematik benannt.

SRin Frömert schlägt vor, den PB „Forderungen“ in die Diskussion zur Jahresrechnung 2007 mit einzubeziehen.

Das RPA wird im Rahmen seiner Geschäftsführung für den Ausschuss die Freigabe des o. g. Prüfberichtes einschließlich der Stellungnahme durch den OB beantragen.

Zum Schluss informiert Hr. Klapperstück, dass der Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2007 am 22.08.2008 dem OB übergeben wurde.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

7. Verschiedenes

-

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert
Vorsitzende/r

Henriette Köhls
Schriftführer/in